

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugs-  
nehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Umläufige Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. G., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 58

Donnerstag, den 10. März 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bandfabrikanten **Alfred Marx Wegig** in Pulsnitz ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke

### der Schlusstermin

auf den 21. März 1927, vormittags 9 Uhr

vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 7. März 1927.

## Pflegekinderordnung

Die Stadtverordneten haben mit Zustimmung des Rates die Pflegekinderordnung der Stadt Pulsnitz vom 1. Oktober 1926 beschlossen. Die Kreishauptmannschaft Bautzen hat unterm 1. März 1927 seine Genehmigung erteilt. Die Pflegekinderordnung kann beim

Wohlfahrts- und Jugendamt während der geordneten Dienststunden eingesehen werden und gilt hiermit als veröffentlicht.

Pulsnitz, den 10. März 1927.

Rat der Stadt.

## Ausstellung von Zeichnungen, Nadelarbeiten Papparbeiten

Sonnabend, den 12. März, 3—6 Uhr

Sonntag, " 13. " 10—12 " u. 2—7 Uhr

in der Turnhalle.

Zur Befichtigung ladet ein die Volksschule zu Pulsnitz

## Das Wichtigste

Der Kabinettsrat des Reichstages ist auf Donnerstag 12 Uhr mittags zu einer Sitzung einberufen worden, in der die Geschäftslage des Reichstages beraten soll.

Der Befehlshaber der Ostseestreitkräfte, Konteradmiral Bietting, wird, wie von unterrichteter Seite verlautet, am 31. März von seinem Kommando zurücktreten.

Am Mittwoch hatte Dr. Stresemann in Genf eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski.

Die Zusammenkunft des Völkerbundes soll in Berlin stattfinden.

Ueber das Arbeitszeitnotgesetz fanden internationale Besprechungen statt. Reichsfinanzminister Dr. Höpfer führte im Haushaltsausschuß des Reichstages Klage über die Überlastung der Finanzämter.

Nach Meldungen aus Moskau ist in Werchne Udinsk in Sibirien ein Munitionslager in die Luft gesprengt worden. 6 Soldaten wurden getötet und 4 verwundet. Ungefähr 20 000 Granaten und 250 000 Schuß Munition sind explodiert.

Nach Meldungen aus Newyork hat der amerikanische Kriegssekretär der japanischen Regierung telegraphisch das Beileid zu der Erdbebentatastrophe ausgesprochen und gleichzeitig die Unterstützung des amerikanischen Kriegsministeriums bei den Rettungsarbeiten angeboten.

Meldungen aus Cuba besagen, daß dort die Bevölkerung durch ständige Erderschütterungen in Aufregung gehalten wird. In Santiago wurde in der Nacht v. Dienstag z. Mittwoch die 15. Erderschütterung innerhalb von 3 Tagen verzeichnet.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** (Ausstellung.) Die Volksschule ladet zur Befichtigung der Ausstellung von Schülerarbeiten (Sonnabend 3—6, Sonntag 10—12, 2—7) herzlich ein. Die Zeit stärksten Andranges ist erfahrungsgemäß der Sonntagnachmittag; es wird deshalb empfohlen, auch den Sonnabendnachmittag und Sonntagvormittag auszunutzen.

**Pulsnitz.** (Wanderführer-Lehrgang.) Der Gau Sachsen vom Verband für Deutsche Jugendherbergen veranstaltet in der Zeit vom 27.—30. April einen Wanderführer-Lehrgang auf seiner Jugendburg Hohnstein. Die Teilnahme ist für solche Männer und Frauen berechnet, die geeignet und gewillt sind, in ihren Verbänden oder Berufsvereinigungen selbständig Wanderführer-Lehrgänge einzurichten und zu leiten. Es kommen demnach in Frage: Volks- und Berufsschullehrer, Lehrer höherer Lehranstalten, Verbands- und Vereinsvorsitzende bezw. Geschäftsführer, Leiter von Jugendgruppen. Die Teilnahme besonders jugendlicher Personen ist aus oben angeführten Gründen unzweckmäßig. Das Leben während des Kurzus ist als enges Gemeinschaftsleben gedacht: früh von 6—7/8 Uhr finden gymnastische Übungen statt, für Frauen getrennt; die Zeit von 8—12 Uhr und 3—5 Uhr ist für Lehrvorträge vorgesehen; anschließend findet eine Volkstanzstunde statt. Die Abendstunden dienen der Aussprache und dem Gesang. Die Teilnahmegebühr beträgt 9.— Mk. Der nähere Plan ist in Nr. 3 des Sächsischen Jugendwörterbuchs erschienen. Anmeldungen zum Kurzus an die Geschäftsstelle des Gau Sachsen vom Verband für Deutsche Jugendherbergen, Dresden-N., Königsufer 2, Fernsprecher 52 161, oder an Oberlehrer Richter, Dresden-U., Carlowitzstraße 38 III, Fernsprecher 32 948.

— Der „Großröhrsdorfer Anzeiger“ schreibt: Es war einmal. So beginnt bekanntlich das Märchen. Diesmal ist es aber tiefbetrüblische Tatsache. Ungezählte haben sich an

## Deutsch-polnische Aussprache in Genf

Unterredung Stresemann-Zaleski — Polnische Unwahrheiten

Befriedigender Verlauf der Unterredung Stresemann-Zaleski — Die Besprechung mit Briand, noch keine positiven Ergebnisse  
Sonntagung des Völkerbundes in Berlin — Die deutschen Schiedsgerichtsverträge in Frage gestellt

Genf. Am Mittwochnachmittag wurden die politischen Einzelbesprechungen fortgesetzt. Der französische Außenminister Briand stattete Dr. Stresemann einen Besuch ab. Daran anschließend begann die große Aussprache mit dem polnischen Außenminister Zaleski, zu der der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufher, hinzugezogen wurde.

Die Polen bereiteten diese Besprechung mit dem alten in Genf üblichen Tritt vor, in den Mittelpunkt der Gegenüber eine Frage zu stellen, die nicht die wichtigste ist, die aber die Möglichkeit gibt, andere Mitglieder des Völkerbundes zu interessieren. Diese Frage heißt augenblicklich in Genf deutsch-polnische Schulfrage in Ost-Oberschlesien. Die Polen behaupten, daß erst über die Frage eine Einigkeit erreicht sein müßte, ehe man sich über die Wirtschaftsfragen unterhalten könne. Die Polen behaupten ferner, daß Deutschland den Versuch mache, durch Kulturpropaganda in Ost-Oberschlesien das ganze Land zu entpolonisieren.

In Wahrheit handelt es sich um folgenden Gegensatz:

Artikel 131 des deutsch-polnischen Zwangsabkommens über Oberschlesien vom Jahre 1922 setzt einwandfrei fest, daß in beiden ober-schlesischen Gebieten deutsche und polnische Minderheitsschulen unterhalten werden müssen, und daß die Eltern in beiden Gebieten das Recht haben, in diese Minderheitsschulen ihre Kinder zu schicken. Nun hat sich herausgestellt, daß auf deutscher Seite alle Polnischsprechenden die polnische Minderheitsschule benutzen, während in Ost-Oberschlesien sieben- bis zehntausend Kinder polnischer Eltern mit polnischer Muttersprache freiwillig in die deutschen Minderheitsschulen geschickt werden. Deutschland und die deutschen Organisationen in Ost-Oberschlesien verlangen, daß den Polen und Polnischsprechenden die deutschen Minderheitsschulen offengehalten werden, während die polnische Regierung diesen Zugang in die deutschen Schulen gewaltsam verhindern will. Der Präsident Calonder hat sich auf den deutschen Standpunkt gestellt.

Daß Deutschland juristisch recht hat, bezweifelt niemand in Genf. Man geht darüber aber einfach hinweg und behauptet, daß es nicht auf den Rechtsstandpunkt, sondern auf die Wirkung ankomme, und da die Wirkung für Polen ungünstig sei, müsse Deutschland nachgeben. Es wird von polnischer Seite plötzlich der Vorschlag gemacht, daß eine neue Kommission des Völkerbundes in Ost-Oberschlesien die Verhältnisse studieren soll und daß die Angelegenheit nicht vor das internationale Schiedsgericht im Haag kommen soll, weil sie juristisch klar sei. Dieser Vorschlag ist eine direkte Beleidigung für den Präsidenten Calonder.

Am Mittwochabend hatte der deutsche Außenminister die Mitglieder des Rates zu einem Essen eingeladen, zu dem Briand aber nicht erschien, weil er grundsätzlich in Genf jede Abendeinladung ausschlägt.

### Die erste Zusammenkunft Stresemann-Zaleski.

Genf. Der Reichsminister empfing am Mittwoch den polnischen Außenminister, Herrn Zaleski, und hatte mit ihm

eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechungen waren. Auf Grund dieser Unterredungen werden die beiden Außenminister ihren Kabinetten Vorschläge unterbreiten, von denen sie eine Behebung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten erhoffen.

### Befriedigender Verlauf der Unterredung Stresemann-Zaleski?

Genf, 9. März. Der Inhalt der heutigen ersten einstündigen Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski wird zunächst streng geheim gehalten. Man weist jedoch in deutschen Delegationskreisen darauf hin, daß der Verlauf der Unterredung als befriedigend bezeichnet werden könne. Es scheint, daß in der Unterredung die gesamten deutsch-polnischen Beziehungen eingehend erörtert wurden, ohne daß hierbei jedoch bereits irgendwelche konkreten Vereinbarungen getroffen worden sind. Man darf jedoch annehmen, daß die in dem offiziellen Kommuniqué über die Ministerunterredung erwähnten Vorschläge, die die beiden Außenminister dem Kabinetten vorlegen wollen, im großen und ganzen die folgenden drei Gesichtspunkte umfassen: 1. Baldige Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. 2. Die von der polnischen Regierung vorgeschlagenen Ausweisungen bleiben bestehen; neue Ausweisungen werden nicht vorgenommen. 3. Das Niederlassungsrecht wird im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen erledigt.

### Die Besprechung mit Briand — Noch keine positiven Ergebnisse

Genf, 9. März. Ueber die heutige einstündige Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand verlautet gegenwärtig, daß neben einer Reihe von Einzelfragen hauptsächlich die künftige Behandlung der großen politischen Probleme erörtert worden ist. Briand dürfte hierbei noch einmal darauf hingewiesen haben, daß er gegenwärtig durch innenpolitische Rücksichten an der Führung materieller Verhandlungen verhindert sei. Jedoch kann angenommen werden, daß der gesamte Komplex der deutsch-französischen Beziehungen insbesondere im Zusammenhang mit der Weltlage zwischen den beiden Außenministern eingehend behandelt worden ist. Hierbei dürfte Dr. Stresemann insbesondere den deutschen Standpunkt in der Frage der Rheinlandräumung dargelegt haben, da es sich hierbei um die Voraussetzung einer Gesamtliquidierung der noch bestehenden deutsch-französischen Gegensätze handelt. Wenn auch in den heutigen Verhandlungen der beiden Minister keinerlei positive Ergebnisse erzielt worden sind, dürfte doch feststehen, daß hierbei das positive Programm für die Verhandlungen der kommenden Monate erörtert und in tatsächlicher Hinsicht bereits vorbereitet worden ist. Gegen-

